

POSITIONSPAPIER INNENSTADT

Überzogene Corona-Maßnahmen, der Online-Handel und die autofeindliche Verkehrspolitik der letzten Jahre haben der Wiesbadener Innenstadt bedrohlich zugesetzt. Ladenschließungen und Leerstände nehmen zu. Die Versuche der links-grünen Rathauskooperation, den Niedergang aufzuhalten, werden immer hilfloser. Die AfD-Fraktion hält einen raschen und grundsätzlichen Richtungswechsel für dringend geboten.

Erreichbarkeit ist das A und O

Die Innenstadt und der Einzelhandel leben von schneller, unkomplizierter und kostengünstiger Erreichbarkeit. Insbesondere die Wiesbadener Innenstadt leidet darunter, dass sie aus dem Umland kaum noch Menschen und Kaufkraft anzieht, was ganz wesentlich an der desaströsen Verkehrspolitik der letzten Jahre liegt.

Große Einzelhandelsketten und Kaufhäuser benötigen ein größeres Einzugsgebiet, um zu überleben. Wiesbaden ist aber praktisch eine Insel, die kaum noch Kaufkraft von außerhalb anlockt, was dem Einzelhandel die Lebensgrundlage entzieht.

Eine lebendige, kaufkraftstarke Innenstadt mit attraktivem Einzelhandelsangebot ist mit der Verkehrspolitik der vergangenen Jahre unvereinbar. Alle Umfragen der letzten Jahre belegen, dass das Auto für die meisten Menschen ein wichtiges Verkehrsmittel ist und bleibt. Die politisch gewollte Behinderung des Autoverkehrs und die Parkraumverknappung besonders in der Innenstadt haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen die Innenstadt meiden und auf gut erreichbare Einkaufsmöglichkeiten ausweichen, die über ausreichende und kostengünstige Parkplätze verfügen. Alle Runden Tische, Citymanager-Stellen, Masterpläne und sonstige Ideen zur Innenstadtbefüllung von Begrünung bis Sitzgelegenheiten sind nur hilflose Versuche, die Folgen der Verkehrswende-Politik einzufangen. Sie werden erfolglos bleiben, solange kein Paradigmenwechsel stattfindet und die autofeindlichen Maßnahmen zurückgenommen werden.

Die AfD regt außerdem die Schaffung eines Verbundes aus Einzelhändlern und kommerziellen Stellplatzanbietern wie Parkhausbetreibern in der Innenstadt an, in dem der Einkauf bei egal welchem Geschäft mit einem Rabatt auf die Parkgebühren belohnt wird.

Handel

Eine Innenstadt lebt vom Handel. Das war immer so und wird so bleiben. Wo sich im Mittelalter Handelsknotenpunkte entwickelten, wurde das Marktrecht vergeben. Kunst und Kultur gesellten sich hinzu, waren aber nicht das Gründungsmoment. Der Handel braucht zum Gedeihen möglichst große Freiheit und sollte nicht durch politische Vorgaben erdrückt werden. Viel zu oft stehen inzwischen bürokratische Anforderungen und planwirtschaftliche Klimaschutzvorgaben der Wirtschaftlichkeit im Weg. Nur ein freier Markt ist ein prosperierender Markt. Die Politik ist nicht der bessere Unternehmer und sollte sich aus dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage möglichst heraushalten. Die Vermieter von Ladenflächen haben selbst ein Interesse daran, an Händler mit einem attraktiven Angebot zu vermieten. Unwirtschaftliche politische Nutzungsfestlegungen, wie sie beispielsweise für das Walhalla bestehen, kann sich Wiesbaden auf Dauer nicht leisten. Eine attraktive Innenstadt ist immer eine, die mehr Geld in die Kassen von Händlern und Stadtkasse bringt, als sie kostet.

Sicherheit

Besucher, Kunden und Konsumenten kommen gerne an Orte, an denen sie sich sicher fühlen. Das Sicherheitsgefühl in der Wiesbadener Innenstadt wird aber seit Jahren schlechter, wie Umfragen belegen. Beinahe tägliche Meldungen über tätliche Übergriffe, Drogenhandel und Vandalismus zeigen, wie dringend der Handlungsbedarf ist.

Die AfD fordert deshalb die Beibehaltung und wenn nötig Ausdehnung der Waffenverbotszone und der damit verbundenen Kontrollgänge der Landes- und Stadtpolizei. Die Bestrebungen der regierenden links-grünen Rathauskooperation, die Waffenverbotszone aufzugeben, lehnt die AfD ab. Allein die Präsenz von Ordnungshütern in der Innenstadt wirkt bereits präventiv. Die Möglichkeit der anlassunabhängigen Kontrollen von Personen und Gruppen ist ein wichtiger Baustein für mehr Sicherheit, gerade in den Abendstunden.

Die AfD fordert insgesamt mehr Rückendeckung und Anerkennung für die Stadtpolizei von der Politik. Der gerade von linker Seite immer wieder geäußerte Generalverdacht gegen unsere Ordnungskräfte ist

unangemessen und praxisfern. Die Videoüberwachung besonders frequentierter Plätze und Kriminalitätsschwerpunkte sollte ausgebaut werden.

Sauberkeit

Die Innenstadt sollte ein sauberer, gut gepflegter Ort sein. Leider ist das Bild der Stadt nicht so, wie es sein sollte und könnte. Die Innenstadt vermüllt, verdreckt und verwahrlost zunehmend. Allerdings kann auch die beste Stadtreinigung nicht gegen das Verhalten von Menschen anputzen, die sich im öffentlichen Raum rücksichtslos und unzivilisiert benehmen. Deshalb sollte hier angesetzt werden, anstatt immer mehr Geld fürs Hinterher-

räumen und Hinterherputzen auszugeben. Wer sich nicht benehmen kann, muss das zeitnah zu spüren bekommen.

Die AfD plädiert für mehr Zivilstreifen in der Innenstadt, um die Chance zu erhöhen, Müllsünder auf frischer Tat zu ertappen. Wer achtlos Müll in Grünanlagen wirft, seine Fastfood-Verpackung auf der Bank liegen lässt oder die Bushaltestelle mit Graffiti verunziert, sollte stets damit rechnen müssen, direkt angesprochen und mit einem empfindlichen Bußgeld belegt zu werden, das auch direkt vor Ort kassiert werden kann.

KOOPERATION SCHAFFT SINNLOSES BÜROKRATISCHES MONSTER

Ein gutes Beispiel für den Aufwuchs an bürokratischem Aufwand, der durch die Transformation entsteht, ist dieser Antrag, den das links-grüne Rathausbündnis durchzudrücken versucht.

Zukünftig sollen alle Beschlussvorlagen im Stadtparlament im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechter geprüft werden. Hier sorgt also das Nachhaltigkeitskriterium „Geschlechtergerechtigkeit“ für mehr Bürokratie. Begründet wurde der Beschluss von der Rathaus-Kooperation mit der Behauptung, die unterschiedlichen Belange der Geschlechter würden in vielen Bereichen nicht ausreichend gewürdigt. Viele städtische Entscheidungen hätten eine unmittelbare bzw. mittelbare Auswirkung auf die Chancengleichheit aller Geschlechter, weshalb dies zukünftig grundsätzlich als Prüfpunkt in die Sitzungsvorlagen der

städtischen Gremien aufgenommen werden solle. Beispiele und Belege für diese Behauptung blieb der Antrag schuldig. Die frauenpolitische Sprecherin der AfD-Rathausfraktion, Monika Giesa, kommentiert dazu: „Was die Kooperation eigentlich meint, ist nicht Chancengleichheit, sondern Ergebnischleichheit im Sinne einer Quote. Was im Antrag leider völlig vergessen wurde, ist das Preisschild. Diese überflüssige Maßnahme wird natürlich mit Verwaltungsaufwand, Personalkosten und Sachmittelkosten einhergehen. Da sollte sich die Kooperation ehrlich machen und wenigstens wissen wollen, was der Steuerzahler am Ende für diesen Unfug zahlen muss.“ Wenn Sie nun glauben, dass sich außer der AfD doch wenigstens auch CDU und FDP gegen so einen Antrag gestemmt haben müssten, dann täuschen sie sich leider. Beide haben dem Antrag des linken Bündnisses zugestimmt.

Link zu unserer Homepage:

Hier finden Sie Anträge und Anfragen der AfD-Fraktion
<https://afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de/>

Impressum:

Bericht aus dem Rathaus / Zeitung der AfD Rathausfraktion Wiesbaden / Juli 2023

Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611-31-2867
E-Mail: afd@wiesbaden.de
www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de
Bildquellen: Eigene, AdobeStock, Pixabay



Herausgeber:
AfD Rathausfraktion Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Denis Seldenreich
Redaktion: Anja Philipp
Auflage: 100.000

Bericht aus dem Rathaus

Kritische Entscheidungen über unseren Alltag

- Nachhaltigkeit für ideologische Zwecke
- EU-Vorgaben erschaffen Bürokratiemonster
- Kostenlawine durch Heizungsgesetz
- Umsetzung für städtische Immobilien fraglich
- Wiederbelebung der Innenstadt
- Positionspapier der AfD-Fraktion

2023



DER STILLE STAATSSTREICH

Was haben der Parkplatzabbau, die Gendersprache in der Verwaltung und der Klimabeirat in der Landeshauptstadt gemeinsam? Die angebliche Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit – klingt erst mal gut, oder? Und das war sie früher auch. Bis die Politik den Begriff für ideologische Zwecke umgedeutet hat. Sie denken bei Nachhaltigkeit sicher an Dinge wie Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Effizienz, vielleicht auch noch Umweltschutz und Generationengerechtigkeit. Und genau mit diesen Assoziationen werden Sie nun über den Tisch gezogen.

Der „Deutsche Nachhaltigkeitskodex“ (DNK), der gerade landauf, landab im Eiltempo in allen Parlamenten und allen Ebenen staatlichen Handelns bis hinab in die kommunalen Verwaltungen implementiert wird, nutzt Ihre alte Assoziation, obwohl darin jetzt neue Inhalte verpackt sind. Kriterien für Nachhaltigkeit sind nun laut Kodex auch „Klimaschutz“, „Geschlechtergerechtigkeit“ und „Menschenrechte“. Und das bedeutet: Klimaschutz um jeden Preis, Energiewende ins Aus, Kampf gegen das Auto, Gendersprache, LSBTIQ als Premium-Opferstatus und ungebremste Massenmigration. Hier werden ideologische Leitlinien wie ein unter allem liegender Teppich implementiert, ohne dass der breiten Öffentlichkeit bewusst ist, was tatsächlich geschieht.

Kaum jemand außerhalb der Politik interessiert sich für die politischen Ziele der UN, auf die auch diese Nachhaltigkeits-Agenda der Sustainable Development Goals (SDG) zurückgeht, bis sie Jahre später über EU-Richtlinien in die nationale Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten wandern und schlussendlich auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Erst dort greifen viele Maßnahmen dann spürbar in das alltägliche Leben der Bürger ein. Erst jetzt werden

viele Bürger sich der weitreichenden Konsequenzen erstmals bewusst. Dann aber ist es zu spät für eine Kurskorrektur und die politischen Akteure vor Ort können bequem auf Vorgaben höherer und internationaler Instanzen verweisen, für die sie scheinbar nicht verantwortlich sind.

Was in Wiesbaden und überall im Land gerade geschieht, ist nichts weniger als die praktische Umsetzung der Agenda 2030 – so der deutsche Titel - oder der Großen Transformation, wie sie auch genannt wird. Es ist die Umschreibung der Prämissen des Staats- und Verwaltungshandelns. Diese zielten bisher wesentlich auf den sparsamen Umgang mit dem Steuergeld der Bürger ab.

Die UN-Kriterien für Nachhaltigkeit sind ein Trojanisches Pferd mit fatalen Auswirkungen.

rokratische Kontrolle der Transformation sind hingegen immens und führen die öffentlichen und privaten Haushalte immer tiefer in die Verschuldung.

Flächendeckend wird unter unseren Füßen ein neues Regelwerk eingezogen, ohne dass Auswirkungen ehrlich diskutiert werden. Es ist ein politischer Coup, der einem stillen Staatsstreich gleichkommt. Nur die AfD-Fraktion spricht dies im Rathaus an und stimmt konsequent gegen die Umsetzung teils absurdesten Maßnahmen.

Was die Nachhaltigkeits-Agenda in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung konkret bedeutet, wollen wir Ihnen auf den folgenden Seiten an ein paar ausgewählten Beispielen zeigen.

REALITÄTSVERLUST BEIM WIESBADENER LINKSBÜNDNIS

Welche Stilblüten die Agenda 2030 in der Praxis treibt, veranschaulicht diese „Wahnsinns-Idee“ einer durchideologisierten Politikergeneration, die völlig den Bezug zur Realität verloren hat.

Im Juni vergangenen Jahres forderten Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke in einem Antrag im Frauenausschuss den Magistrat auf, zu prüfen, ob den Besuchern von Wiesbadener Frei- und Hallenbädern das Tragen von Oberteilen bei der Badebekleidung freigestellt werden könne, „um keine Brüste zu diskriminieren“. Kein Witz! Die Prüfung ist inzwischen abgeschlossen und der Magistrat hat grünes Licht für die Umsetzung gegeben. Von Burkini bis „oben ohne“ müsse alles erlaubt sein. Wörtlich heißt es im Antrag: „Nach Meinung der Rechtsanwältin Leonie Thum sollten alle Brüste nach dem Gesetz her gleich sein. Die unterschiedliche Behandlung aufgrund sekundärer Geschlechtsmerkmale stellt eine Diskriminierung dar.“ Der Internetauftritt ihrer Kanzlei in Berlin-Neukölln ist durchgegendert und im Geiste setzt man hinzu „vegan“ und „woke“.

Freiheit in der Wahl der Bekleidung ist eigentlich etwas Erstrebenswertes. Nur scheint es dem linken Bündnis im Wiesbadener Rathaus völlig entgangen zu sein, dass sich die Zusammensetzung unserer Gesellschaft letzthin ziemlich verändert hat, was der tatsächlichen Nutzung dieser Freiheit dann in der Praxis entgegensteht. Die Zahl sexueller Übergriffe in Freibädern ist seit 2015 deutlich angestiegen. Junge Migrant*innen liefern sich Massenschlägereien in Freibädern und das Sicherheitspersonal muss regelmäßig die Polizei rufen, um der Lage noch Herr zu werden. Welche Frau möchte sich denn angesichts dieser Klientel „oben ohne“ zeigen? Und wer soll diese Frauen schützen? Hier hilft es nicht, Rechte zu schaffen, die man tatsächlich aber gar nicht in Anspruch nehmen kann und für die es auch keinen wirklichen Bedarf gibt.

Die AfD hat den Antrag natürlich abgelehnt.



FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DES HEIZUNGSGESETZES

Das Bundeskabinett hat am 19. April 2023 eine Novelle des Gebäudeenergiegesetzes beschlossen. Noch steht die Beschlussfassung im Bundestag aus. Nach massivem Widerstand aus der Bevölkerung und dem Bekanntwerden der Verflechtungen im Bundeswirtschaftsministerium mit diversen NGOs, Lobbyisten der Klimaindustrie und Finanzdienstleistern, wurden die Pläne nicht etwa fallengelassen, sondern man streitet in der Bundesregierung nun darum, einen Umweg zu finden, der auf weniger Ablehnung trifft.

Nach dem ursprünglichen Entwurf müssten ab 2024 neu eingebaute Heizungen mindestens 65 Prozent der bereitgestellten Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugen. Heizungen die älter als 30 Jahre sind, dürften nicht mehr betrieben werden. Ab 2045 wären Heizkessel, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, verboten. Immobilienbesitzer würden nicht nur gezwungen die Heizung zu tauschen, sondern sie müssten auch ihr Haus oder ihre Wohnung energetisch sanieren. Nach Schätzungen wären in Deutschland etwa 58 Prozent der Wohnimmobilien bis 2033 von dem Sanierungszwang betroffen.

Das Nachhaltigkeitskriterium hier heißt Klimaschutz. Und zwar um jeden Preis. Die finanziellen Belastungen wären enorm. Der Referentenentwurf des Gebäudeenergiegesetzes geht bis 2028 von jährlichen Belastungen von 9 Milliarden Euro für die Bürger aus. Die tatsächlichen Kosten dürften weit aus höher liegen. Für viele Gebäude bedeuten die gesetzlichen Vorgaben einen wirtschaftlichen Total Schaden, andere sind baulich gar nicht umrüstbar.

Auch städtische Immobilien betroffen

Die AfD-Rathausfraktion muss die Auswirkungen der Bundespolitik auf die kommunale Ebene in den Blick nehmen. Neben den privaten Immobilienbesitzern ist auch die öffentliche Hand mit ihrem Immobilienbestand betroffen. Gebäude im Besitz der Stadt müssen ebenfalls saniert werden, sollte das Gesetz so oder ähnlich verabschiedet werden.

AfD-Fraktion fordert Klarheit

Wir haben deshalb einen Fragenkatalog eingereicht, der den Magistrat und alle Stadtverordneten zwingt, sich die Folgen einer Umsetzung des GEG für den städtischen Haushalt bewusst zu machen.

- So wollen wir zum Beispiel wissen,
- welche Gebäude in städtischer Trägerschaft von den Umbaumaßnahmen betroffen wären
 - mit welchen Kosten pro Gebäude und insgesamt zu rechnen wäre
 - bei welchen Gebäuden ein Neubau finanziell sinnvoller wäre als Sanierung und Umbau
 - wie viele Gebäude baulich gar nicht sinnvoll umrüstbar wären
 - wie sich die Sanierungskosten finanziell auf von der LHW angemietete Objekte auswirken würde und einiges mehr.

Unser Antrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung in den Bauausschuss überwiesen, wo er wieder aufgerufen wird, sobald das Heizungsgesetz vom Bundestag verabschiedet wurde. In derselben Stadtverordnetenversammlung wurde mit der Mehrheit des linken Rathausbündnisses aber bereits das Handlungsprogramm „Klimaneutrales Wiesbaden“ beschlossen, mit dem für Wiesbaden bis 2035 insgesamt Klimaneutralität angestrebt wird. Ein Widerstand gegen das Heizungsgesetz ist von dieser Stadtregierung also nicht zu erwarten. Eines aber wird spätestens zur nächsten Haushaltsaufstellung deutlich werden: Die Stadt kann die Umsetzung aus eigenen Mitteln gar nicht leisten.

